

Zusammenfassung der Masterarbeit „Städtebau und Umweltprüfung“

Johannes Hartlieb

A. Fragestellung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Umweltverträglichkeitsprüfung von Städtebauvorhaben. Im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) sind Projekte aufgezählt, die unter bestimmten Voraussetzungen einer umfassenden Umweltprüfung unterzogen werden müssen, darunter auch Städtebauvorhaben. In der Arbeit wird erläutert, welche konkreten Maßnahmen unter den Tatbestand des Städtebauvorhabens fallen und welche rechtlichen Probleme im Genehmigungsverfahren auftreten können. Anlassfall war das Verfahren zur Genehmigung des Hauptbahnhofs Wien, in dem sich die zuständige Behörde mit zahlreichen verfahrensrechtlichen Problemen konfrontiert sah.

B. Methodik

Zur Auseinandersetzung mit den angeführten Forschungsfragen werden die „klassischen“ juristischen Interpretationsmethoden angewendet. Dabei ist zunächst vom Wortlaut der einschlägigen Gesetzesbestimmung auszugehen. Darüber hinaus ist insbesondere nach Ziel und Zweck der Bestimmung und dem Willen des Gesetzgebers bei der Erlassung des Gesetzes zu fragen. Nicht zuletzt ist die österreichische Norm auch im Lichte der europarechtlichen Vorgaben systematisch zu interpretieren („richtlinienkonforme Interpretation“). Heranzuziehen sind vor allem die relevanten Entscheidungen der österreichischen und europäischen Behörden und Gerichte.

C. Inhalt

Die Arbeit ist in drei große Kapitel gegliedert. Nach einem Blick auf die europarechtlichen Grundlagen erfolgt eine Erörterung der österreichischen Gesetze. Zuletzt werden jene Rechtsfragen behandelt, die sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von Städtebauvorhaben stellen.

Die Wurzeln der Genehmigungspflicht von Städtebauvorhaben liegen in der europäischen Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die 1985 erlassen und seither mehrfach novelliert wurde. Die Richtlinie, die durch die EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht umzusetzen war, gibt jedoch nur eine vage Definition dieser Vorhaben. Etwas Konkretisierung hat der Tatbestand durch die Stellungnahmen der Europäischen Kommission und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs erfahren. Das erste Kapitel geht somit

der Frage nach, was europarechtlich unter einem Städtebauvorhaben zu verstehen ist und welche Arten von Maßnahmen darunter fallen.

Aufbauend auf den europäischen Regelungen ist die Umsetzung in Österreich erfolgt. Im Vergleich zur EU-Richtlinie ist die Bestimmung des nationalen Rechts wesentlich detaillierter und regelt die Beschaffenheit eines Städtebauvorhabens genau. Genehmigungspflichtig sind demnach nur sehr große Projekte, die mehrere Funktionen (zu denken ist hier vor allem an Wohnen, Nahversorgung, Bildung) und einen weiten Einzugsbereich aufweisen. Im Mittelpunkt des zweiten Abschnitts stehen folglich die Definition „typischer“ Städtebauvorhaben und die Frage, ob die europarechtlichen Vorgaben in Österreich ordnungsgemäß umgesetzt wurden.

Das Genehmigungsverfahren von Städtebauvorhaben weist Besonderheiten auf, die es von anderen Verfahren unterscheidet. Das dritte Kapitel gibt Aufschluss über diese Besonderheiten und erläutert die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Das betrifft zum einen die zuständige Behörde, die bei Städtebauvorhaben spezielle Maßstäbe anzulegen hat, zum anderen die betroffene Öffentlichkeit, insbesondere Nachbarn und Anrainer. Die Analyse der Vor- und Nachteile der speziellen Verfahrensbestimmungen steht daher im Zentrum des dritten Kapitels.